Deutscher Bundestag **Drucksache 16/865**

16. Wahlperiode 09. 03. 2006

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Paul Schäfer (Köln), Dr. Gesine Lötzsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/741 –

Eintritt in den öffentlichen Dienst mit Eingliederungsschein der Bundeswehr

Vorbemerkung der Fragesteller

Soldaten auf Zeit (SaZ) mit 12 und mehr Dienstjahren haben am Ende ihrer Dienstzeit die Wahl zwischen einer Abfindung und der Möglichkeit einer Eingliederung in den öffentlichen Dienst. Hat sich ein ausscheidender Soldat für Letzteres entschieden, wird ihm ein so genannter Eingliederungsschein ausgestellt. Mit diesem Schein kann er sich um Stellen im öffentlichen Dienst bewerben, die zuvor einer so genannten Vormerkstelle gemeldet wurden.

Laut Soldatenversorgungsgesetz (SVG) ist jede öffentliche Einrichtung verpflichtet, jede 6. Stelle im mittleren oder einfachen Dienst und jede 9. Stelle im gehobenen Dienst mit einem Ausscheider zu besetzen. Die einstellende Behörde ist berechtigt, diese Bewerber zu prüfen und bei Missfallen abzulehnen. Kann die Vormerkstelle keinen geeigneten ehemaligen Zeitsoldaten als Bewerber vermitteln, so ist die einstellende Behörde befugt, sich Bewerber vom freien Arbeitsmarkt zu suchen.

In der Antwort auf eine Beschwerde eines ehemaligen Bundeswehrangehörigen vor zirka drei Jahren erläuterte das Bundesministerium der Verteidigung, dass lediglich rund 20 Prozent aller Ausscheider mit Eingliederungsschein tatsächlich in den öffentlichen Dienst übernommen wurden. So habe sich bundesweit die Zahl von 15 000 bis 20 000 ausgeschiedenen Zeitsoldaten angesammelt, die einen Berechtigungsschein besitzen, aber nicht in den öffentlichen Dienst eingetreten sind oder dort nicht eintreten konnten.

Bei Betroffenen nährt sich der Verdacht, dass ausscheidende SaZ regelmäßig und oft unbegründet als ungeeignet für die ausgeschriebenen Stellen angesehen werden: Obwohl ehemalige Bundeswehrangehörige in der Regel eine hohe Qualifikation aufwiesen, würden die Stellen bevorzugt mit jüngeren Leuten mit zivilen Vorleben besetzt werden. Das Verfahren mit dem Eingliederungsschein spiegele daher jungen Menschen, die sich als Soldaten auf Zeit verpflichten, eine wirksame staatliche Unterstützung für ihren späteren Übergang in das zivile Berufsleben lediglich vor.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 7. März 2006 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1. Wie viele Soldaten auf Zeit mit einer mindestens zwölfjährigen Verpflichtungszeit sind seit 1990 aus der Bundeswehr ausgeschieden?

   Bitte nach Kalenderjahren aufschlüsseln.

In den Jahren 1990 bis 2005 sind 72 021 Soldatinnen und Soldaten auf Zeit mit einer Verpflichtungsdauer von 12 und mehr Jahren (SaZ 12) aus der Bundeswehr ausgeschieden. Eine detaillierte Aufschlüsselung, nach Jahren geordnet, ergibt sich aus Anlage 1.

2. Wie viele dieser SaZ haben seit 1990 pro Kalenderjahr den Eingliederungsschein beantragt, wie viele SaZ im gleichen Zeitraum einen Zulassungsschein?

Von den ausgeschiedenen Soldatinnen und Soldaten haben 3 147 SaZ einen Eingliederungsschein und 22 807 SaZ einen Zulassungsschein beantragt. Eine detaillierte Aufschlüsselung, nach Jahren geordnet, ergibt sich ebenfalls aus Anlage 1.

3. Wie viele ehemalige SaZ mit Eingliederungsschein sind seit 1990 pro Kalenderjahr von den Einstellungsbehörden (oder vergleichbar) eingeladen worden?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, wie viele ehemalige SaZ 12 mit Eingliederungsschein von den Einstellungsbehörden eingeladen worden sind, da diese Daten von den Vormerkstellen des Bundes und der Länder statistisch nicht erfasst werden.

4. Wie viele dieser Personen sind zu Prüfungsgesprächen in der Bundesverwaltung eingeladen worden, wie viele davon zu Prüfungsgesprächen in der Bundeswehrverwaltung?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, wie viele ehemalige SaZ 12 mit Eingliederungs- oder Zulassungsschein zu Prüfungsgesprächen in der Bundesverwaltung eingeladen worden sind, da diese Daten statistisch nicht erfasst werden.

Im Bereich der Bundeswehrverwaltung wurden in dem Zeitraum von 2003 bis 2005 479 nach den Bewerbungsunterlagen geeignete SaZ 12 zu Prüfungsgesprächen eingeladen. Nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) i. V. m. den zur Durchführung des BDSG erlassenen Personalaktenrichtlinien für das zivile Personal im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung dürfen Bewerberakten nur für einen begrenzten Zeitraum archiviert werden. Bewerberakten abgelehnter Kandidatinnen und Kandidaten müssen nach Ablauf von 3 Jahren vernichtet werden; in diesem Zusammenhang elektronisch gespeicherte Daten sind zu löschen, wenn sie für die Bearbeitung nicht mehr benötigt werden. Datenmaterial, das älter als 3 Jahre ist bzw. aus der Zeit vor dem Jahr 2003 stammt, steht daher nicht mehr zur Verfügung.

5. Wie viele Stellen für SaZ mit Eingliederungsschein wurden durch den öffentlichen Dienst im obigen Zeitraum pro Kalenderjahr zur Verfügung gestellt:

   a) auf kommunaler Ebene

   b) auf Landesebene

   c) auf Bundesebene

   d) durch die Bundeswehrverwaltung?

Die Vormerkstellen unterscheiden bei der statistischen Erfassung nicht zwischen vorbehaltenen Stellen auf kommunaler Ebene und auf Landesebene. Eine detaillierte Darstellung der Vorbehaltsstellen ergibt sich aus der Anlage 2. Daten aus dem Jahr 1990 liegen nicht mehr vor; Daten aus dem Jahr 2005 liegen noch nicht vor.

6. Wie viele Stellen wurden Zulassungsscheininhabern im obigen Zeitraum pro Kalenderjahr zur Verfügung gestellt und wie verteilen sich diese angebotene Stellen (z. B. Sparkassen, Sozialversicherungsträger, Kommunen etc.)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, wie viele vorbehaltene Stellen Inhabern des Zulassungsscheines angeboten wurden, da diese Daten statistisch nicht erfasst werden.

7. Wie viele ehemalige SaZ aus diesem Kreis wurden in den Öffentlichen Dienst pro Kalenderjahr übernommen (unterteilt nach Eingliederungs- und Zulassungsschein):

   a) in den Kommunen

   b) in den Bundesländern

   c) im Bund

   d) in der Bundeswehrverwaltung?

Die Vormerkstellen unterscheiden bei der statistischen Erfassung nicht zwischen Einstellungen auf kommunaler Ebene und auf Landesebene. Eine detaillierte Darstellung der Einstellungen ergibt sich aus der Anlage 2. Daten aus dem Jahr 1990 liegen nicht mehr vor; Daten aus dem Jahr 2005 liegen noch nicht vor.

8. Wie hoch war die Zahl der seit 1990 pro Kalenderjahr durch den öffentlichen Dienst als nicht geeignet eingestuften ehemaligen SaZ mit Eingliederungsschein/mit Zulassungsschein?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, wie viele Bewerber als nicht geeignet eingestuft wurden, da diese Daten statistisch nicht erfasst werden.

9. Wie hoch war diese Zahl bei der Bundeswehrverwaltung?

Im Bereich der Bundeswehrverwaltung wurden in dem Zeitraum 2003 bis 2005 insgesamt 752 ehemalige SaZ 12 als nicht geeignet eingestuft. Diese Zahl gliedert sich wie folgt:

- 2003 247 SaZ 12
- 2004 229 SaZ 12
- 2005 276 SaZ 12.

Diese Aufschlüsselung erfolgte anhand einer manuellen Auswertung der Bewerberakten. Hinsichtlich einer über diesen Zeitraum hinausgehenden statistischen Erfassung wird auf die Beantwortung zu Frage 4 verwiesen.

10. In welchem Umfang ist der öffentliche Dienst seit 1990 den Bestimmungen des Soldatenversorgungsgesetzes nachgekommen, jede 6. Stelle im einfachen und mittleren und jede 9. Stelle im gehobenen Dienst durch einen ausgeschiedenen SaZ mit Eingliederungsschein/Zulassungsschein zu besetzen:

    a) in den Kommunen

    b) in den Bundesländern

    c) im Bund

    d) in der Bundeswehrverwaltung?

§ 10 des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) normiert die objektiv-rechtliche Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl von Stellen in der öffentlichen Verwaltung für eine bevorzugte Besetzung mit SaZ 12 vorzubehalten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass jede vorbehaltene Stelle im Wege eines Automatismus mit einer Soldatin oder einem Soldaten besetzt wird. Im Rahmen des Stellenvorbehalts konkurrieren ehemalige SaZ 12 lediglich untereinander. Eine Bestenauslese im Vergleich zu freien Bewerbern findet nicht statt. Gleichwohl kommt es nur dann zur Einstellung, wenn der Bewerber oder die Bewerberin beamtendiensttauglich ist und die Kriterien Eignung, Leistung und Befähigung erfüllt. Kann eine vorbehaltene Stelle nicht mit einem geeigneten ehemaligen SaZ 12 besetzt werden, wird diese – nach Freigabe durch die jeweils zuständige Vormerkstelle – mit einem freien Bewerber besetzt. Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verpflichtet zur Beachtung des Stellenvorbehalts nach § 10 SVG.

11. Welchen Einfluss nimmt die Bundesregierung auf die Umsetzung dieser Bestimmungen durch den öffentlichen Dienst?

Die Einrichtung und Umsetzung des Stellenvorbehalts nach § 10 SVG liegt in alleiniger Zuständigkeit der Vorbehaltsstellen. Das Verfahren ist in der Stellenvorbehaltsverordnung vom 24. August 1999 (BGBl. I S. 1906) geregelt.

12. Welches Bundesministerium ist hierfür federführend zuständig?

Die Federführung für die Stellenvorbehaltsverordnung obliegt dem Bundesministerium des Innern.

Anlage 1

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Zwischen-summe
Anzahl ausgeschiedener SaZ 12	5.237	5.202	5.816	9.300*	7.161	6.509	5.574	4.787	4.552	44.838
davon E-Schein beantragt	430	395	232	287	271	200	174	183	214	2.386
davon Z-Schein beantragt	1.724	1.617	1.494	1.801	2.114	1.826	1.775	1.566	1.557	15.474

* davon 2.591 ausgeschiedene SaZ 2 des ehemaligen Wehrbereichs VII

	Übertrag	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Gesamt-summe
Anzahl ausgeschiedener SaZ 12	44.838	3.616	3.731	3.581	3.775	5.549	3.526	3.405	**72.021**
davon E-Schein beantragt	2.386	109	94	86	96	140	123	113	**3.147**
davon Z-Schein beantragt	15.474	1.233	1.167	1.003	838	1.314	869	909	**22.807**

Anlage 2

1991

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	396	46	350	k.A.*
Bayern	932	142	790	k.A.
Berlin	keine Angabe möglich			
Brandenburg	keine Angabe möglich			
Hansestadt Bremen	Wiederbesetzungssperre			
Hansestadt Hamburg	106	22	84	k.A.
Hessen	261	74	187	k.A.
Mecklenburg-Vorpommern	keine Angabe möglich			
Niedersachsen	489	140	349	k.A.
Nordrhein-Westfalen	507	174	333	k.A.
Rheinland-Pfalz	187	122	65	k.A.
Saarland	37	17	20	k.A.
Sachsen	keine Angabe möglich			
Sachsen-Anhalt	keine Angabe möglich			
Schleswig-Holstein	72	47	25	k.A.
Thüringen	keine Angabe möglich			
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	2987	784	2203	
Vormerkstelle des Bundes	1245	315	930	
Gesamtzahl Bund und Länder	**4232**	**1099**	**3133**	

* k. A. = keine Angaben

1992

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	408	64	344	k.A.
Bayern	774	154	620	k.A.
Berlin	keine Angaben möglich			
Brandenburg	keine Angaben möglich			
Hansestadt Bremen	17	17	0	k.A.
Hansestadt Hamburg	90	21	69	k.A.
Hessen	282	67	215	k.A.
Mecklenburg-Vorpommern	keine Angaben möglich			
Niedersachsen	459	175	284	k.A.
Nordrhein-Westfalen	547	266	281	k.A.
Rheinland-Pfalz	173	122	51	k.A.
Saarland	38	18	20	k.A.
Sachsen	keine Angaben möglich			
Sachsen-Anhalt	keine Angaben möglich			
Schleswig-Holstein	92	58	34	k.A.
Thüringen	keine Angaben möglich			
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	2880	962	1918	
Vormerkstelle des Bundes	1157	219	938	
Gesamtzahl Bund und Länder	**4037**	**1181**	**2856**	

1993

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	358	59	299	182
Bayern	706	154	552	710
Berlin	keine Angaben möglich			
Brandenburg	keine Angaben möglich			
Hansestadt Bremen	13	13	0	73
Hansestadt Hamburg	112	31	81	310
Hessen	290	72	218	203
Mecklenburg-Vorpommern	keine Angaben möglich			
Niedersachsen	382	150	232	446
Nordrhein-Westfalen	373	222	151	581
Rheinland-Pfalz	149	113	36	372
Saarland	39	10	29	140
Sachsen	keine Angaben möglich			
Sachsen-Anhalt	keine Angaben möglich			
Schleswig-Holstein	80	63	17	214
Thüringen	keine Angaben möglich			
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	2502	887	1615	3231
Vormerkstelle des Bundes	1044	166	878	2333
Gesamtzahl Bund und Länder	**3546**	**1053**	**2493**	**5564**

1994

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	305	77	228	216
Bayern	492	175	317	879
Berlin	55	1	54	3
Brandenburg	keine Angaben möglich, da sich Vormerkstelle noch im Aufbau befindet			
Hansestadt Bremen	14	14	0	92
Hansestadt Hamburg	104	80	24	170
Hessen	262	68	194	218
Mecklenburg-Vorpommern	aus organisatorischen Gründen noch keine Einstellungen erfolgt in 1994			
Niedersachsen	263	86	177	430
Nordrhein-Westfalen	267	149	118	569
Rheinland-Pfalz	131	97	34	387
Saarland	30	15	15	180
Sachsen	34	2	32	12
Sachsen-Anhalt	Aufbauphase dauerte bis Ende 1994 an, daher keine Angaben möglich, fernmdl.			
Schleswig-Holstein	84	43	41	202
Thüringen	14	1	13	31
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	2055	808	1247	3369
Vormerkstelle des Bundes	648	156	492	1396
Gesamtzahl Bund und Länder	**2703**	**964**	**1739**	**4765**

1995

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	216	73	143	224
Bayern	441	134	307	914
Berlin	62	5	57	44
Brandenburg	keine Angaben möglich, da Aufbauphase noch nicht abgeschlossen ist.			
Hansestadt Bremen	8	8	0	101
Hansestadt Hamburg	104	54	50	163
Hessen	236	66	170	254
Mecklenburg-Vorpommern	15	5	10	58
Niedersachsen	237	104	133	411
Nordrhein-Westfalen	233	137	96	594
Rheinland-Pfalz	105	81	24	374
Saarland	27	18	9	173
Sachsen	25	3	22	25
Sachsen-Anhalt	56	4	52	31
Schleswig-Holstein	95	42	53	184
Thüringen	9	1	8	27
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	1869	735	1134	3577
Vormerkstelle des Bundes	640	231	409	1485
Gesamtzahl Bund und Länder	**2509**	**966**	**1543**	**5062**

1996

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	189	65	124	186
Bayern	397	209	188	685
Berlin	59	7	52	23
Brandenburg	14	2	12	32
Hansestadt Bremen	5	5	0	156
Hansestadt Hamburg	83	49	34	154
Hessen	198	69	129	192
Mecklenburg-Vorpommern	5	1	4	68
Niedersachsen	173	86	87	1020
Nordrhein-Westfalen	196	104	92	443
Rheinland-Pfalz	71	64	7	383
Saarland	30	19	11	278
Sachsen	43	8	35	38
Sachsen-Anhalt	65	8	57	52
Schleswig-Holstein	124	39	85	184
Thüringen	17	5	12	76
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	1669	740	929	3970
Vormerkstelle des Bundes	654	255	399	1337
Gesamtzahl Bund und Länder	**2323**	**995**	**1328**	**5307**

1997

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	206	59	147	168
Bayern	290	134	156	k.A.
Berlin	81	8	73	42
Brandenburg	5	1	4	56
Hansestadt Bremen	2	2	0	144
Hansestadt Hamburg	60	31	29	142
Hessen	180	47	133	480
Mecklenburg-Vorpommern	9	6	3	87
Niedersachsen	208	99	109	1034
Nordrhein-Westfalen	292	210	82	884
Rheinland-Pfalz	77	62	15	372
Saarland	10	8	2	k.A.
Sachsen	31	12	19	44
Sachsen-Anhalt	63	12	51	88
Schleswig-Holstein	112	31	81	211
Thüringen	21	7	14	118
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	1647	729	918	3870
Vormerkstelle des Bundes	556	248	308	1319
Gesamtzahl Bund und Länder	**2203**	**977**	**1226**	**5189**

1998

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	168	47	121	163
Bayern	343	181	162	560
Berlin	87	6	81	53
Brandenburg	27	1	26	48
Hansestadt Bremen	2	2	0	133
Hansestadt Hamburg	46	24	22	138
Hessen	157	36	121	739
Mecklenburg-Vorpommern	16	1	15	98
Niedersachsen	219	103	116	869
Nordrhein-Westfalen	299	205	94	979
Rheinland-Pfalz	81	58	23	325
Saarland	18	13	5	213
Sachsen	26	7	19	k.A.
Sachsen-Anhalt	50	4	46	53
Schleswig-Holstein	78	30	48	211
Thüringen	22	5	17	123
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	1639	723	916	4705
Vormerkstelle des Bundes	562	260	302	1151
Gesamtzahl Bund und Länder	**2201**	**983**	**1218**	**5856**

1999

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	171	46	125	131
Bayern	379	199	180	480
Berlin	74	5	71	34
Brandenburg	40	1	39	64
Hansestadt Bremen	2	2	-	93
Hansestadt Hamburg	31	16	15	90
Hessen	172	35	137	740
Mecklenburg-Vorpommern	16	2	14	62
Niedersachsen	240	90	150	652
Nordrhein-Westfalen	573	156	417	696
Rheinland-Pfalz	89	59	30	240
Saarland	20	9	10	201
Sachsen	26	7	19	196
Sachsen-Anhalt	41	-	41	16
Schleswig-Holstein	62	17	45	164
Thüringen	32	5	27	80
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	1968	649	1320	3939
Vormerkstelle des Bundes	563	258	305	3306
Gesamtzahl Bund und Länder	**2531**	**907**	**1625**	**7245**

2000

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	169	32	137	108
Bayern	439	169	270	331
Berlin	36	4	32	55
Brandenburg	40	6	34	161
Hansestadt Bremen	12	5	7	78
Hansestadt Hamburg	33	11	22	83
Hessen	185	32	153	227
Mecklenburg-Vorpommern	19	3	16	55
Niedersachsen	289	102	187	728
Nordrhein-Westfalen	639	127	512	482
Rheinland-Pfalz	98	42	56	180
Saarland	59	21	38	179
Sachsen	33	8	25	37
Sachsen-Anhalt	55	4	51	20
Schleswig-Holstein	82	26	56	130
Thüringen	46	8	38	49
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	2234	600	1634	2903
Vormerkstelle des Bundes	518	174	344	811
Gesamtzahl Bund und Länder	**2752**	**774**	**1978**	**3714**

2001

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	179	46	133	127
Bayern	481	179	302	356
Berlin	33	14	19	141
Brandenburg	47	19	30	138
Hansestadt Bremen	16	6	10	82
Hansestadt Hamburg	31	11	20	98
Hessen	151	34	117	212
Mecklenburg-Vorpommern	20	11	9	235
Niedersachsen	287	90	197	717
Nordrhein-Westfalen	647	129	518	757
Rheinland-Pfalz	89	43	46	188
Saarland	37	14	23	181
Sachsen	41	12	29	116
Sachsen-Anhalt	24	4	20	144
Schleswig-Holstein	120	45	75	186
Thüringen	62	15	47	104
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	2265	672	1595	3782
Vormerkstelle des Bundes	541	183	358	1066
Gesamtzahl Bund und Länder	**2806**	**855**	**1953**	**4848**

2002

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	149	18	131	80
Bayern	567	170	397	369
Berlin	12	12	0	91
Brandenburg	61	17	44	200
Hansestadt Bremen	11	1	10	71
Hansestadt Hamburg	44	14	30	75
Hessen	153	39	114	195
Mecklenburg-Vorpommern	19	11	8	138
Niedersachsen	260	96	164	680
Nordrhein-Westfalen	578	129	449	757
Rheinland-Pfalz	85	45	40	243
Saarland	44	17	27	184
Sachsen	25	9	16	76
Sachsen-Anhalt	31	8	23	146
Schleswig-Holstein	69	28	41	136
Thüringen	37	12	25	75
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	2145	626	1519	3516
Vormerkstelle des Bundes	471	119	352	696
Gesamtzahl Bund und Länder	**2616**	**745**	**1871**	**4212**

2003

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	152	30	122	90
Bayern	443	164	279	398
Berlin	5	5	0	57
Brandenburg	48	18	30	164
Hansestadt Bremen	11	3	8	70
Hansestadt Hamburg	46	14	32	84
Hessen	176	39	137	183
Mecklenburg-Vorpommern	6	6	0	117
Niedersachsen	248	78	170	676
Nordrhein-Westfalen	556	113	443	762
Rheinland-Pfalz	78	36	42	338
Saarland	24	10	14	192
Sachsen	27	8	19	80
Sachsen-Anhalt	35	8	27	253
Schleswig-Holstein	73	44	29	166
Thüringen	36	11	25	51
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	1964	587	1377	3681
Vormerkstelle des Bundes	421	126	295	722
Gesamtzahl Bund und Länder	**2385**	**713**	**1672**	**4403**

2004

Bundesland	Vorbehaltsstellen	Einstellungen	Nicht Besetzt	Anzahl Bewerber
Baden-Württemberg	143	45	98	123
Bayern	286	139	147	429
Berlin	10	0	10	45
Brandenburg	47	22	25	175
Hansestadt Bremen	4	3	1	58
Hansestadt Hamburg	47	17	30	92
Hessen	173	31	142	201
Mecklenburg-Vorpommern	10	7	3	107
Niedersachsen	171	51	120	698
Nordrhein-Westfalen	355	91	264	834
Rheinland-Pfalz	70	36	34	359
Saarland	27	12	15	255
Sachsen	28	15	13	98
Sachsen-Anhalt	10	2	8	42
Schleswig-Holstein	65	31	34	175
Thüringen	35	15	20	76
Gesamtzahl Vormerkstellen Länder	1481	517	964	3767
Vormerkstelle des Bundes	282	131	151	766
Gesamtzahl Bund und Länder	**1763**	**648**	**1115**	**4533**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333